



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Fraktion im Kreistag Kleve · Nassauerallee 15-23 · 47533 Kleve

An die
allg. Vertreterin der Landrätin
Frau Zandra Boxnick

und

An den
Vorsitzenden des Ausschusses für Klima,
Landwirtschaft, Umwelt und Naturschutz
Herrn Stephan Wolters

Im Hause

Kleve, 15. August 2022

Anfrage: Abgrabungskonzept des Kreises Kleve; Sitzung des Ausschusses für Klima, Landwirtschaft, Umwelt und Naturschutz am 30. August 2022

Sehr geehrte Frau Boxnick,
geehrter Herr Wolters,

die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet um die Beantwortung der unten aufgeführten Fragen zu Kies- und Sandabgrabungen zum nächsten Ausschuss für Klima, Landwirtschaft, Umwelt und Naturschutz am 30. August 2022.

Sachverhalt

Kies- und Sandabgrabungen prägen den Kreis Kleve, gefährden zunehmend Natur- und Landschaft am Niederrhein sowie die ökonomischen Grundlagen insbesondere der Landwirtschaft. Um die oberirdische Gewinnung von Bodenschätzen im Kreis Kleve unter dem Aspekt des Ressourcenschutzes besser zu gestalten, hat der Kreistag Kleve am 14. Dezember 1995 erstmals ein Abgrabungskonzept beschlossen.

Der Gebietsentwicklungsplan von 1999 sowie dessen Fortschreibung als Regionalplan im Jahr 2017 enthalten wesentliche Eckpunkte und planerische Vorgaben für die Genehmigung von Abgrabungen. Die Landesregierung hat 2017 mit Änderung des Landesplanungsgesetzes, dem Beschluss zum Landesentwicklungsplan sowie der Novellierung des Landeswassergesetzes relevante rechtliche Änderungen zur Genehmigung von Abgrabungen beschlossen. Der Landesentwicklungsplan wurde allerdings vom Oberverwaltungsgericht NRW mit Urteil vom 4. Mai 2022 in dieser Hinsicht für unwirksam erklärt.

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion im Kreistag Kleve**

Geschäftsstelle

Nassauerallee 15-23
Kreishaus, Zimmer E158
47533 Kleve

Tel.: 02821 85156
info@gruene-im-kreistag-kleve.de

Nicht zuletzt hat die Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 sowie die dabei Ereignisse rund um eine Kiesgrube bei Erftstadt-Blessem gezeigt, dass die durch Starkniederschlagsereignisse und Hochwasser bestehenden Risiken von Kies- und Sandabgrabungen bisher unzureichend berücksichtigt wurden. Auch das Starkniederschlagsereignis in Hamminkeln im Jahr 2016 führten zu großen Überflutungen hat dies schon vor Augen geführt.

Die neue Landesregierung von NRW hat im Juni 2022 ihre Absicht zum Ausdruck gebracht, den exzessiven Ressourcenverbrauch von Kies und Sand zu begrenzen. Dazu soll unter anderem zum 1. Januar 2024 eine Rohstoffabgabe eingeführt, alternative Baustoffe gefördert und das Recycling von Bauschutt verbessert werden.

Da der Kreis Kleve neben dem Kreis Wesel maßgeblich vom Kies- und Sandabbau betroffen ist, sollte er die landespolitische Diskussion begleiten und in seiner eigenen Planungs- und Genehmigungspraxis vorbildlich vorgehen.

Um die Grundlage für eine Fortschreibung des Abgrabungskonzeptes zu schaffen, wird die Kreisverwaltung um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie viele Abgrabungen mit welcher Fläche (ha) wurden seit Beschluss des Abgrabungskonzeptes im Jahr 1995 in Tabuflächen, in Restriktionsflächen und in restriktionsfreien Flächen genehmigt?
2. Wie hat sich die jährliche genehmigte Fläche (ha) zur Gewinnung von oberirdischen Bodenschätzen (Kies, Sand) im Kreis Kleve und im Regierungsbezirk Düsseldorf entwickelt?
3. Wie hat sich die jährliche Exportmengen von im Kreis Kleve abgebauten Sanden und Kiesen in Gebiete außerhalb des Regierungsbezirks Düsseldorf entwickelt?
4. Wie hat sich der jährliche Bedarf von Kiesen und Sanden im Kreis Kleve, im Regierungsbezirk Düsseldorf, in NRW und in Deutschland entwickelt?
5. Welche Informationen liegen zum Bauschutt/Baustoff-Recycling im Kreis Kleve vor?
6. Wie hat der Kreis Kleve als Genehmigungsbehörde für Kies- und Sandabgrabungen bisher die Standsicherheit und die bergbauliche Sicherheit geprüft und bewertet? Es geht dabei insbesondere darum, wie sich plötzlich auftretender Wasserzufluss und Wasserstandssteigerungen z. B. auf die Standsicherheit von Böschungen oder Geländesockeln zwischen benachbarten Abgrabungen auswirken.
7. Unterstützt der Kreis die Sichtweise, die die Hochwassersicherheit in einem größeren Systemzusammenhang zu sehen ist, wie sie das Aktionsbündnis Niederrhein-Appell schon lange fordert? Die Einzelbetrachtung jedes Abgrabungsantrags verhindert Erkenntnisse, wie das Zusammenwirken mehrerer Abgrabungen und Verfüllungen entlang der Deiche, sich auf die Hochwassersicherheit auswirkt.

Mit freundlichen Grüßen



Andreas Mayer

Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag Kleve